

ITALIEN VOR DEN WAHLEN

Ab durch die Mitte

Von der parlamen-
tarischen Linken Italiens
ist nicht viel zu erwarten.
Ob gleichgeschlecht-
liche Ehe oder
Einwanderungsgesetz –
ja nicht anecken,
lautet die Devise
der Pseudo-Opposition.

Wird das Mitte-Links-Bündnis Unione die neoliberale und autoritäre Politik der vergangenen fünf Jahre wesentlich verändern? Oder werden wir nach dem 9. April einen Berlusconiismus ohne Berlusconi erleben? Seit den Regionalwahlen im vergangenen Jahr steht diese Frage im Raum, und es scheint so, als würde Silvio Berlusconi auf die eine oder die andere Weise der italienischen Politik erhalten bleiben. Denn im Programm des Bündnisses von Romano Prodi findet sich von einem Anspruch auf grundlegende Veränderungen keine Spur.

Die parlamentarische Linke scheint vor allem die politische Mitte besetzen zu wollen. Auch wenn dies ihre radikalsten Komponenten – die Rifondazione Comunista und die Grünen – etwas in Verlegenheit bringt, ziehen sie es vor, im Wahlkampf im Interesse des realpolitischen Prinzips "Erst siegen, dann philosophieren" dazu zu schweigen. Ein wenig erinnert dieses Vorgehen an die alte Volksfrontstrategie, als man alle politischen Ziele der Bekämpfung des unmittelbaren Gegners unterordnete.

Trotz der Arroganz, mit der die amtierende Regierung Gesetze geschaffen hat, die den persönlichen Bedürfnissen Berlusconi entsprachen, trotz der Personalisierung der Politik und trotz eines populistischen Herrschaftsstils ist das System Berlusconi etwas anderes als ein Regime. Es handelt sich vielmehr um ein komplexes Phänomen, das die Zivilgesellschaft durchdringt und Konsens produziert. Diesem System ist es gelungen, ökonomische, soziale und politische Dogmen durchzusetzen, die niemand mehr ernsthaft in Frage zu stellen wagt.

Ein Beispiel dafür ist der Diskurs um den Begriff "Sicherheit". Wer von "Sicherheit" spricht, meint allein die öffentliche Ordnung. Inzwischen halten es fast alle politischen Kräfte für legitim, im Namen der Ordnung individuelle und kollektive Rechte einzuschränken. Das Linksbündnis hat sich auf einen Wettbewerb mit der Rechten eingelassen, bei dem es darum geht, wer am effektivsten jede erdenkliche Abweichung von der Norm bekämpft.

Aber was ist diese dubiose Mitte, die zu kontrollieren beiden politischen Blöcken als Schlüssel zur Regierungsfähigkeit erscheint? Sie steht keineswegs für die Suche nach einem politischen Gleichgewicht. Vielmehr finden sich in dieser Mitte ein intoleranter Katholizismus, ein konformistischer Anspruch auf die Angleichung von Verhaltensformen und die Weigerung, sich mit den Widersprüchen und Konflikten, die die italienische Gesellschaft durchdringen, auseinander zu setzen. Diese Mitte ist sozusagen eine Verschwörung für die bestehende gesellschaftliche Ordnung.

Widersprüche werden kenntlich

Auch gegenüber der katholischen Kirche, die sich immer direkter in politische Auseinandersetzungen einmischt, zeigt sich das Mitte-Links-Bündnis eher versöhnlich. Die meisten Politiker der Unione haben kaum eine Gelegenheit verstreichen lassen, um sich etwa von der gleichgeschlechtlichen Ehe, wie sie kürzlich in Spanien beschlossen wurde, zu distanzieren. Das Verhältnis zwischen dem säkularen Staat und der katholischen Kirche ist für das Linksbündnis ein



"Kritik", dümmere als ihr Gegenstand: Nationalismus der deutschen Grünen - die italienische Bevölkerung hat fürs Erste noch mal Glück gehabt. (Foto: Grüne Partei)

heikles Thema, weil es befürchtet, die Empfindlichkeiten der katholischen Wählerschaft zu verletzen.

Zwar haben die radikalsten Parteien innerhalb des Bündnisses in den vergangenen Jahren den Kontakt zu sozialen Bewegungen gesucht, doch auch jene überschreiten nicht die Grenze einer "tugendhaften" Zivilgesellschaft. Keines der Themen, die für die sozialen Bewegungen wichtig waren – vom Kampf gegen die Reglementierung des geistigen Eigentums über die Proteste gegen die Reform des Bildungssystems bis hin zum Kampf gegen die repressiven Drogen- und Immigrationsgesetze –, wird im Programm der Mitte-Links-Koalition aufgegriffen. Nur vage verspricht man, die

schlimmsten Auswirkungen mancher der von Berlusconi eingeführten Gesetze aufzuheben. Und natürlich will man – damit lässt sich gut Wahlkampf machen – schrittweise die italienischen Truppen aus dem Irak zurückziehen.

Beim entscheidenden Thema, nämlich der prekären Arbeit, will ein Teil der Mitte-Links-Koalition die Arbeit weiter flexibilisieren und sie höchstens um etwas bürokratische Kontrolle erweitert wissen. Zugleich ist der Mythos von einer Rückkehr zu standardisierten Formen der Vollbeschäftigung präsent. Vorschläge für Rechte und Schutzmaßnahmen, die auf die heutige selbständige und prekäre Arbeit und die indirekte, aber enorme Ausbeutung von kognitiver Arbeit

reagieren, sucht man bei der institutionellen Linken hingegen vergebens.

Die Widersprüche, die unvermeidlich ans Licht kommen werden, zwischen einer eventuellen Mitte-Links-Regierung und den neuen politischen Subjekten, die sich in diesen Jahren herausgebildet haben, sind bereits jetzt sichtbar. Die Zeit der Volksfront und des kleinsten gemeinsamen Nenners, der die Front politisch homogen hielt, ist endgültig vorbei.

Dennoch kann uns das Ergebnis der Wahl nicht gleichgültig lassen. Eine Bestätigung der Mitte-Rechts-Koalition würde die Fortsetzung eines Systems bedeuten, das sich auf Privilegien und soziale Kontrolle stützt und eng mit einem extremen Wirtschaftsliberalismus verbunden ist. Das würde den staatlichen Einfluss auf das Leben des Einzelnen und den Anspruch auf soziale und moralische Disziplinierung nicht reduzieren, sondern ausweiten. Wir dürfen nicht vergessen, dass in der von Berlusconi geführten Koalition reaktionärer Katholizismus, Postfaschismus und rassistischer Rechtspopulismus gleichermaßen vorhanden sind. Die einzige Freiheit, die es diesen Leuten zufolge zu verteidigen gilt, ist die Freiheit der Unternehmer.

Allerdings gibt es keinen Grund, sich von einem Wahlsieg der Linken bedeutende Veränderungen zu erhoffen. An der neoliberalen Politik der Privatisierungen wird sich nichts ändern, allenfalls werden die Geringverdienenden etwas mehr Unterstützung erhalten, und vielleicht wird das Steuersystem etwas gerechter gestaltet werden. Auch für diese Linke bedeutet Politik nichts anderes als die Verwaltung des sozialen Lebens und des ökonomischen Wettbewerbs. Mehr Staat, aber nicht weniger Markt.

Marco Bascetta

INTERVIEW

Phänomen Berlusconi

Ein Gespräch mit
dem Politologen
Marco Revelli von
der Universität Turin.

woxx: In Kürze wird Ihr Buch "Berlusconiismus ohne Berlusconi" erscheinen. Ist der Titel ein Hinweis auf die Zeit nach der Wahl?

Marco Revelli: Was Italien nach den Wahlen erwartet, ist noch völlig offen. Alles ist in diesem Land möglich, sogar, dass nach fünf in jeder Hinsicht katastrophalen Jahren die Mehrheit der Italiener sich erneut für die Mitte-Rechts-Koalition entscheidet. Der Berlusconiismus ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein soziales Phänomen. Ich nenne das die "Anthropologie des Besitzindividualismus". Damit meine ich das Ergebnis eines Prozesses der sozialen Desintegration. Soziologen wie Richard Sennett

und Zygmunt Bauman schreiben allgemein vom "flexiblen Menschen" und von der "flüchtigen Moderne". Die großen sozialen "Sammelbecken", wie wir sie vor 30 Jahren kannten, haben sich aufgelöst. Ohne diese soziale Zersetzung hätte sich der Berlusconiismus nicht entwickeln können. "Unpolitisch" ist er in dem Sinne, dass er durch vulgäre, einfache Parolen diesen individualistischen Geist interpretiert: Bereichert euch! Jede Form von solidarischer Kultur ist ein Hindernis, von dem man sich im Namen des Profits befreien sollte!

Die "moderne" Regierungsrechte hat aber nicht nur einem diffusen Geist, sondern auch einer bestimmten sozialen Grup-

pe politisch Ausdruck verliehen.

Der Berlusconiismus ist entstanden als Folge der Krise des großindustriellen Kapitalismus, um die neuen Figuren in der Arbeitswelt zu repräsentieren, insbesondere die Vertreter eines "verstreuten" Kapitalismus. Dieser sozialen Gruppe gehören Unternehmer sowie "persönliche Kapitalisten" an, die an den Produktionsprozessen als Individuen beteiligt sind: Ich-AG, Selbständige, "Selbstunternehmer", Familienbetriebe usw. Hinzu kommt eine ganze Mittelschicht, der Berlusconi und seine Partei in den neunziger Jahren ein glückliches Älterwerden durch vorsichtige Börsenspekulationen und Investitionen von kleinen

Geldsummen versprochen haben. In den vergangenen fünf Jahren hat diese Mittelschicht begriffen, dass der versprochene "Volkskapitalismus" nicht funktioniert. Insofern kann man sagen, dass gewisse Aspekte des Berlusconiismus keine Rolle mehr spielen. Die optimistischen, hedonistischen Seiten haben nicht überlebt. Der harte Kern des Berlusconiismus lebt dagegen in der Gesellschaft weiter.

Hätte eine linke Regierung überhaupt eine Chance, daran etwas zu ändern?

Berlusconi stützt sich auf einen Konsensmechanismus, der durch die Identifikation mit einem bestimmten Lebensmodell funktioniert. So etwas kann man nur bekämpfen, wenn man dem eine "andere Anthropologie" entgegensetzt. Das bedeutet: eine neue Sprache, neue Werte, ein neues Lebensmodell. Aber das ist sicher keine Aufgabe, die von einer Koalition erledigt werden kann, die

sich "Mitte-Links" nennt. Eher von den Initiativen, die sich durch ihr Engagement im sozialen Bereich gegen die Logik des "wilden" Neoliberalismus aktiv wehren. Ich denke an Gruppen, die mit Migranten oder im Umweltschutz arbeiten, oder an die letzten Häuserbesetzungen gegen die Wohnungspolitik in Rom.

Einige Angehörige der sozialen Bewegungen kandidieren für die Mitte-Links-Koalition. Ist das der Anfang eines Kampfes für eine "andere Anthropologie" im Parlament?

Wenn Angehörige der sozialen Bewegungen auf lokaler Ebene mitregiert haben, war die Erfahrung nicht, dass sie die Politik veränderten, sondern durch diese verändert wurden. Die sozialen Bewegungen sollten ihre Kritik radikalisieren und durch ihre Legitimierung von unten mit der Politik interagieren.

Federica Matteoni